



Peinliche Panne oder dicker Hund!?

Beides trifft wohl zu. Entscheidend für die Bewertung ist allerdings der Standpunkt des Betrachters.

Für die einen, nämlich die Verantwortlichen in der zentralen Besoldungsstelle im Landesamt für Zentrale Dienste, ist der Vorfall sicherlich eine bedauerliche peinliche Panne. Für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen, die weniger Geld erhalten sollten bzw. haben, ein echter Hammer.

Worum geht's? Was ist passiert?

Am 27. Dezember erhielten verschiedene GdP-Personalräte Kenntnis über eine Besoldungsmitteilung, die ein Kollege kurz vor Heiligabend per Post erhalten hatte. Danach sollte er als Januargehalt aus nicht nachvollziehbaren Gründen über 2.000 € weniger bekommen. Der Rest hätte nicht ausgereicht, den Lebensunterhalt zu bestreiten geschweige denn die gerade im Januar besonders anfallenden Kosten (Versicherungen, Nebenkostenabrechnungen u. Ä.) abzudecken.

Unsere sofortige Nachfrage bei der Zentralen Besoldungsstelle brachte Licht ins Dunkel:

Aufgrund eines EDV-Fehlers bei der Versteuerung der DuZ-Abrechnung haben mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen zum Teil erheblich weniger Gehalt bekommen als sonst üblich.

In 34 Fällen erfolgte sogar überhaupt keine Anweisung.

Diese Fälle wurden zu diesem Zeitpunkt auch schon per Einzelanweisung korrigiert.

Tags darauf, am 28.12.06, hat die ZBS alle besoldungstechnisch ungerecht Behandelten (ausschließlich DuZ-Bezieher in 2006) feststellen können, so dass die notwendige Änderung auch dieser Anweisungen sofort vorgenommen werden konnte.

Die Korrektur soll nach Auskunft der Verantwortlichen bei der ZBS, die im Übrigen sehr kooperativ waren und schnell handelten, bis Ende dieser Woche abgeschlossen sein.

Leider ist über diese Besoldungspanne auch nach der Presseberichterstattung (SZ vom 30.12.2006, s. Anlage) weder durch die Verursacher noch durch Verantwortungsträger unserer Organisation flächendeckend offensiv informiert worden.

Wir tun das hiermit, wer auch sonst!

Die GdP bleibt am Ball! Unsere Personalräte stehen für eventuelle Rückfragen zur Verfügung.

Der Landesbezirksvorstand

Anlage: Bericht der SZ vom 30.12.2006

SZ vom 30.12.2006:

Computer-Panne: 300 Polizisten bekommen zu wenig Geld

Software-Fehler in der Zentralen Besoldungsstelle verunsichert saarländische Beamte

Saarbrücken. Viele saarländische Polizisten dürften sich am 23. Dezember verwundert die Augen gerieben haben. An diesem Tag erreichten die Beamten die ersten schriftlichen Gehalts-Mitteilungen für Januar 2007. Bis zu 1800 Euro weniger Gehalt war dort ausgewiesen. Fröhliche Weihnachten. Vor allem auch: Frohes neues Jahr. Denn im Januar drohen Jahres-Steuer- und Versicherungs-Abbuchungen, die manchen nun ins Minus reißen. Denn der Fehler wird erst „bis Ende der ersten Januarwoche“ behoben sein, so die Auskunft des Finanzministeriums gegenüber der SZ. Als Ursache des Missgeschicks nennt Pressechef Egon Fischer einen „bedauerlichen Software-Fehler in der Zentralen Besoldungsstelle“, an dessen Behebung man arbeite. Festgestellt wurde, dass bei 300 Beamten erheblich zu niedrige Gehaltszahlungen auf den Konten eingehen werden. Betroffen sind nur Polizisten, denen Zulagen aus 2006 für „Dienste zu ungünstigen Zeiten“ (DUZ) mitüberwiesen werden. 800 der insgesamt 3000 saarländischen Polizisten zählen dazu. „Wir haben sofort nach Eingang der ersten Beschwerden eine

Task Force gebildet, die nach und nach alle 800 Gehalts-Abrechnungen überprüft.“ Den Beamten, deren Gehalts-Mitteilungen die krassesten Diskrepanzen aufwiesen, seien schon Nach-Überweisungen zugeflossen. Ihre Zahl konnte Fischer nicht nennen. Er betonte, man habe den Haupt-Personalrat wie auch die Gewerkschaften informiert. Es gebe keinen Unmut. Auch Hugo Müller, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Saar (GdP), will den Vorfall nicht aufbauschen – er spricht aber von „Verunsicherung“. Denn: „Ein Systemfehler ist ein Problem. Die Besoldungsstelle muss alles genau erklären, sonst entsteht Misstrauen gegenüber den Abrechnungen.“ Es handelt sich übrigens nicht um die erste Panne in einer Behörde, die durch einen Software-Fehler verursacht wurde. Kürzlich hatte die Polizei falsche Bußgeld-Bescheide verschickt und musste sich von der Innenministerin wegen mangelnder Sorgfalt kritisieren lassen. Nun ist die Polizei selbst Opfer – und kann mit dem Finger zurück in Richtung Landesregierung weisen.